

Wochenschrift 1874 Nr. 29
7 Bogen in der Octaven
Gesamtpreis 1 Mark
Einzelhefte 20 Pfennig
Abonnementspreis 6 Mark
Vierteljahr 3 Mark
Halbjahr 5 Mark
Jahrespreis 10 Mark
Postgebühren sind
nicht inbegriffen.

Verleger: Julius Reichardt
Druck: Carl Neumann
Verlagshaus: Hauptstr. 10
Telegraphische Adressen:
Dresden: 23000
Leipzig: 23000
Hamburg: 23000
Berlin: 23000
Frankfurt: 23000
München: 23000
Stuttgart: 23000
Köln: 23000
Bonn: 23000
Düsseldorf: 23000
Erfurt: 23000
Halle: 23000
Magdeburg: 23000
Potsdam: 23000
Regensburg: 23000
Salzburg: 23000
Wien: 23000
Zürich: 23000

Dresdener Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Verleger: Julius Reichardt
Druck: Carl Neumann
Verlagshaus: Hauptstr. 10
Telegraphische Adressen:
Dresden: 23000
Leipzig: 23000
Hamburg: 23000
Berlin: 23000
Frankfurt: 23000
München: 23000
Stuttgart: 23000
Köln: 23000
Bonn: 23000
Düsseldorf: 23000
Erfurt: 23000
Halle: 23000
Magdeburg: 23000
Potsdam: 23000
Regensburg: 23000
Salzburg: 23000
Wien: 23000
Zürich: 23000

Verleger: Julius Reichardt
Druck: Carl Neumann
Verlagshaus: Hauptstr. 10
Telegraphische Adressen:
Dresden: 23000
Leipzig: 23000
Hamburg: 23000
Berlin: 23000
Frankfurt: 23000
München: 23000
Stuttgart: 23000
Köln: 23000
Bonn: 23000
Düsseldorf: 23000
Erfurt: 23000
Halle: 23000
Magdeburg: 23000
Potsdam: 23000
Regensburg: 23000
Salzburg: 23000
Wien: 23000
Zürich: 23000

Druck und Eigentum der Herausgeber: Leipzig & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 29. Neunzehnter Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, Donnerstag, 29. Januar 1874.

Politisches.

Ein großer Theil der engeren Wahlen (Stichwahlen) zum deutschen Reichstage ist jetzt seinem Ausgange nach bekannt. Fast überall haben sie mit Niederlagen der Socialdemokraten und der Clericalen geendet. In Kiel siegte der Fortschrittsmann Dr. Hänel, ein geborener Sachse, über den Lassalleaner, einen Maurer Hartmann, mit 11,000 über 9,000 Stimmen, in Brandenburg der Fortschrittsmann Hausmann über einen Lassalle'schen Buchbindergehilfen Schwendebied, in einem Trierschen Bezirk der freiconservative Partisan Stamm über den clericalen Freiherrn Droste-Bispingen mit 12,000 gegen 10,000 Stimmen, in Cottbus Spremberg und Meissen über den Lassalleaner den Nationalliberalen Dr. Schacht und Dr. Websky über Lassalleaner, in Greiz a. L. gelangte ein regelmäßer Durchfallscandidat der Nationalliberalen, Dr. Oppenheim, zum Sieg über einen Socialdemokraten, in Friedland-Rastenburg schlug der nationalliberale Rittergutsbesitzer Neumann einen strengconservativen Grafen. Niederlagen hat die Reichspolitik zu verzeichnen in Hannover, wo der dem Welfenhanse treu ergebene greise Gwald mit 13,000 Stimmen in der Reichstagswahl gewählt wurde; in Darmen-Eberfeld, wo die Lassalleaner den geschickten und kräftig schreibenden Redacteur ihres Parteiblattes „Neuer Socialdemokrat“, Hasselmann durchbrachten, und in Mainz, woselbst der Candidat der Clericalen, Canonikus Dr. Mousfang, den Nationalliberalen Görz schlug. Vermehren wir einen Augenblick bei dieser Wahl, die mehrfach interessant ist. Nunmehr fließt nämlich der Rhein tintenschwarz von Mainz bis Düsseldorf; der gesegnete Theil des deutschen Vaterlandes, die beiden Ufer unseres alten Vater Rhein werden von Ultramontanen bewohnt. Noch am letzten Reichstag wählte Mainz liberal; jetzt ist die „Nacht am Rhein“ vollständig. Mousfang stand zur Stichwahl; bei derselben halfen die Socialdemokraten den Clericalen zum Siege, während die bürgerlichen Demokraten eine größere Principientreue bewiesen und sich der Wahl enthielten. Leider zeigte sich bei der Wahl das widerliche Schauspiel eines confessionellen Kampfes. Die katholischen Dörfer um Mainz stimmten mächtig für Mousfang, die protestantischen Mann für Mann für Görz. Die ehemalige „Klosterkirche“ des heiligen römischen Reichs ist nunmehr vollständig wiederhergestellt.

In Baiern hat man jetzt die Resultate der Reichstagswahlen vom 10. Januar zusammengestellt. Es wurden 800,000 Stimmen abgegeben, davon heimsten die Clericalen 480,000 ein, auf Nationalliberale, Fortschritt und liberale Reichspartei fielen 296,000, auf evangelisch Conservative 7000, auf Socialdemokraten 17,000. Noch gehört hierher, daß Viehweid in Rühlhausen im Elsaß ebenso von den Arbeitern als Reichstagscandidat aufgestellt wird, wie Webel in Strassburg.

Die „Germania“ berichtet, Anonelli habe ein Circular an sämtliche apostolische Nuntiatoren erlassen, worin die jüngst veröffentlichte Bulle „Apostolicae sedis auctoritas“ als total erfunden bezeichnet wird. Dann hätte sich die „A. B. G.“ mit der Bulle wegen Umsturz der Papstwahl vollständig seinen lassen.

Die italienische Regierung nimmt zu dem bekannten Lamarmora-Scandal eine mindestens zweideutige Haltung ein. Ihr offizielles Telegraphenbureau hat sich geweigert, eine Berliner Depesche weiter zu verbreiten, in der Lamarmora ein Fälscher genannt wurde. Dieser General verlangt ferner, gegenüber den Bismarck'schen Aeußerungen, daß er italienische Staatsactenstücke gefälscht oder doch ganz erfunden habe, vor ein Gericht gestellt zu werden und daß die Untersuchung gegen ihn eingeleitet werde. Man darf auf den Ausgang dieser Untersuchung gespannt sein. Lamarmora fest sich auf's hohe Pferd; Bismarck aber muß doch seiner Sache gewiß sein, denn sonst würde er nicht so starke Ausdrücke gegen einen italienischen General, wie Verkeumder und Fälscher, in öffentlicher Sitzung Angesichts Europas gebraucht haben.

Eine beachtenswerthe Thatsache wird aus dem Großherzogthum Weimar gemeldet. Auch dort ertheilt die trübste Lage der Volksschullehrer Gehaltszulagen. Die Landgemeinden aber besitzen nicht die Mittel dazu; sie beantragen daher beim Landtage, daß die Gelder nicht den Gemeinden aufzubehalten, sondern von der Staatskasse übernommen werden. Unser hoher Gönner Prof. Biedermann, der dem sächsischen Landtage die Zustände Weimars als nachahmenswerthe Muster vorzuhalten nie ermüdet, wird seinen Rosenkranz etwas verlegen rücken, wenn er aus diesem Musterstaate einmal etwas erfährt, was nicht ganz in die nationalliberale Schablone paßt, was aber in dem Zuge der Zeit liegt: die Volksschule ist Staats Sache.

Auch Italien beschäftigt sich mit der Schulfrage. Der Unterrichtsminister Scialoja will den Schulzwang einführen, ohne den Volkunterricht zur Staatsaufgabe zu machen. Die geschichteten Blätter der Halbinsel sprechen davon, daß das Erste, was vor der Hand in Sachen der Volksbildung geschehen muß und einzig geschehen kann, darin besteht, daß die einseitigen vorhandenen Schulen verbessert, eine entsprechende Zahl wirklich guter und tüchtiger Lehrer gebildet und dabei die erziehende Seite der Volksschule besonders im Auge behalten werde. Denn zu manchen der jetzt in Italien bestehenden Elementarschulen haben die Eltern kein Vertrauen, weil die Erfahrung zeigt, daß die Jugend in denselben verwildert. Statt einer solchen langsamen Arbeit will Scialoja mit einem Schlag über 1000 neue Elementarschulen decretiren, die Gemeinden zwingen, mindestens innerhalb dreier Jahre für entsprechende Locale und Lehrkräfte zu sorgen, und die Eltern nötigen, den solchermaßen improvisirten Anstalten ihre Kinder anzuvertrauen. Die Kosten würden halb verloren sein. Und mit einem solchen Gesetze, so gut gemeint es sein mag, kommt die Regierung, nachdem sie kaum erklärt hat, daß die meisten Provinzen und Gemeinden in den schwersten Geldnöthen stecken, und daß mit einer Erhöhung der Steuern um 52 Millionen das Deficit des Staates noch immer nicht gedeckt sein wird!

Hat Gladstone seine Partei durch die Ausschreibung von Neuwahlen in's Parlament verstimmt, so hat er die Gegner geradezu verbittert. Der Führer der Conservativen, Disraeli, nennt die vom Himmel geschickte Parliamentsauflösung eines der schmachvollsten Parteimanöver, daraus berechnet, die Erklärungen der Regierung über den kostspieligen Kriegerkrieg in Afrika und ihre Rechenschaftslegung über einen Monat hinausgeschoben. Auch die glänzenden Finanzresultate der Gladstone'schen Verwaltung imponiren ihm nicht, er zerstückelt und entblättert diese der Nase John Bull's besonders süß duftenden Blüten auf's Schonungslosste und schließt damit: Es sei eine rechte Kunst, von 37 Millionen Thalern Ueberschuß die Staatsschulden zu vermindern und die Steuern zu ermäßigen. Das könne jeder Finanzminister.

Der Telegraph, der uns sonst oft mit den kleinsten Notizen versorgt und z. B. erzählt, daß die Braut des Herzogs von Edinburgh einen Hermetinüberwurf bei der Hochzeit getragen habe, — was Ende Januar in Petersburg doch bloß sehr vernünftig und nicht wunderbar ist, — dieser selbe Telegraph hat mit kaum zehn Worten eine Notiz aus Kalkutta gebracht, die jeden Menschenfreund freudig bewegen wird: Es hat am 25. Januar in vielen Districten Bengalens geregnet. Regen aber bedeutet dort rasches Wachsthum des Reises, des einzigen Nahrungsmittels von Millionen Menschen. Jeder Regentropfen kann ein Menschenleben retten, kann der drohenden Hungersnoth begreifen. Gesegnet sei dieser Regen.

Locales und Sächsisches.

Das Königspaar hat gestern früh die Reise nach Leipzig angetreten. Nach einem Telegramm des „Dr. J.“ langten die Majestäten um 12 Uhr in Leipzig an. Sie wurden von den Spitzen der königlichen Pfl. - Bed., dem Stadtkommandanten, dem Polizeidirector und Deputationen des Rathes, der Stadtverordneten und der Universität am Bahnhofe empfangen und durch den Bürgermeister Dr. Koch mit einer Ansprache begrüßt. Das Publikum begleitete in unübersehbarer Masse unter Glockengeläute und fortwährendem Hochrufen den Einzug ihrer Majestäten vom Bahnhofe durch die Straßen der Stadt nach dem königlichen Palais. Unmittelbar nach dem Eintreffen im Palais empfingen die Majestäten den Rath und die Stadtverordneten.

Der Kaufmann Schreyer zu Dresden hat das Prädicat als Herzoglich Sachsen-Altenburgischer Hoflieferant, der Königl. Italienische Vice-Consul in Leipzig und das Ritterkreuz des Ordens der Italienischen Krone erhalten.

Der Minister des Innern, Reichstagsabgeordneter von Rostig-Balwitz, versammelte vorgestern Abend die Mitglieder beider Kammern in seinem neuen Hotel am Kaiser-Wilhelms-Platz zu einer glänzenden Soirée. Derselben wohnten außerdem Sr. K. H. der Prinz Georg und sämtliche Minister (mit Ausnahme des nach Berlin gereisten Justizministers) und die obersten Räte aus dem Ministerium des Innern bei. Die jugendliche Gattin des Herrn Ministers machte zum ersten Male den Abgeordneten gegenüber die Honneurs des neuingerichteten Hausstandes. Am 3. Februar wird der Herr Kriegsminister v. Fabricius seine Salons ebenfalls zu einer Soirée für die Landstände öffnen.

Am 28. Januar, der Schwanen ist doch noch mächtiger, als die 28 Liberalen der 2. Kammer, die den Nachrichtenreferenten von der Journalisticenredaction aufgeschoben haben; denn der Schwanen verdrängt ihn nicht mehrere Tage am Besuche der Volkstribüne. Wie hat er dabei nicht eingedrückt; höchstens einen Dorn umher, den Abg. Altschad erbielt, weil er geküffert, es ist keine, als wäre Abg. v. Paulen die Kammer an der Nase herum. Weiter überwiegt die 2. Kammer einen Antrag Müller's: Die Regierung möge untersuchen, ob nicht durch Anlegung eines Wohnortes am dem Reichsberge bei Chemnitz den dortigen Interessen der Nikolai- und der Leipziger Vorstadt entgegen zu werden könne, der Finanzdeputation. Sodann genehmigte sie die in den letzten 2 Jahren vorgeschlagenen Veränderungen im Domainenfonds (Reichs- und) und ermächtigte die Regierung zum gelegentlichen Verkauf des Kalkwerkes zu Unterweitzental und der Weinberge zu Niederweitz. Abg. Kaiser st. ein rügte mit Recht die zu niedrige Verpachtung einiger Staatsgüter, worauf Oehmichen replirte: Philipp tadelt, daß einzelne Wälder mit dem Waldobjekte isolirt sind und wälfelten, als ob sie die Eigentümer wären. — Die Petition des Erbauers des Passard auf der rechten Pflaumenbäumstraße wegen einer kleinen richtungswidrigen Vertheilung im Hause durch das sächsische Baucommissariat wurde auf G. v. S. d. Referat der Regierung zur Erwägung übergeben. Weiter berichtete Dr. Bieder in an den oben sog. Waldschub. Er polemisirte gegen die 1. Kammer, worauf G. v. S. d. replirte. G. v. S. d. vertheilte den Waldschub. Mannschub d. d. erklärte, die 2. Kammer möge die jetzige Bestimmung der Vertheilung von der 1. Kammer bekräftigt werden. Dr. Müller erklärte, die 2. Kammer möge mehr constitutionelle Rechte bekommen. Im Allgemeinen unterließ die 2. Kammer diesmal die scharfe Reibung der 1. Kammer, so daß die Vorlesung nicht ausgeschlossen ist, es werde im Vereinigungsberichte noch in der Frage zu einer Verständigung kommen. Interessant war ein Sachverhalt zwischen Biedermann und G. v. S. d. Hinsichtlich der letzten Reichstagswahlen. Ersterer war ein Conservativer vor, sie hätten im Reichsbücher Wahlkreise und in Altstadt-Dresden sich mit den Socialdemokraten gegen reichstreue Candidaten verbündet. Darauf entgegnete G. v. S. d., daß im Allgemeinen die Conservativen in sehr vielen Wahlkreisen sich mit den Liberalen verbündet hätten, während im Leipziger Landkreise die Nationalliberalen jede Unterstützung des Fortschrittscandidaten Dr. Oppenheim abgelehnt und somit das Durchkommen des Socialdemokraten Dr. Jacoby erleichtert hätten. Dr. Biedermann mußte das mit Verachtung angehören. G. v. S. d. erklärte, daß in Altstadt-Dresden nur ein angenommenes Interat im Einzelnen die Conservativen für Jacoby aufgeben dürfte. Schließlich blieb die Kammer gegen 8 Stimmen bei der Beschlusse. Schließlich blieb die Kammer bei ihrem Beschlusse. In der Frage der freien Grundbesitzvertheilung blieb jede Kammer bei ihrem Beschlusse stehen. In der 1. Kammer trat ein Antrag an die Regierung, kommt. — In der 1. Kammer referirte Prinz G. v. S. d., nicht ohne einige Verlangenheit, über die G. v. S. d. und Qualitäten in Dresden. Die Kammer trat ohne Debatte dem Beschlusse der 2. Kammer bei. In Folge einer Debatte des Tages an Leipzig wegen Expropriationen zu Eisenbahnanlagen, wozu die Regierung mehreren Anträgen der 2. Kammer insofern entgegenkommen, als sie anordnen wird, daß

in Zukunft eine genaue Absteckung der zu exproprirenden Parzellen und eine Abklärung der Interessen der Interessenten, Erklärung des Grundrisses samt Länge und Quereiten an Gerichtsamtstelle und in den Bureau der Unternehmern stattfinden solle. Infolge dessen lehnte die Kammer die oberschiedliche Anträge der 2. Kammer auf Antrag des Herrn v. W. e. p. l. ab.

Neuere Informationen, die wir erhalten, zufolge wird unser Landtag vom 5. bis 8. Februar keine Sitzung halten, vom 9. bis 14. jedoch noch weiter tagen, um einen Theil des Budgets zu erledigen, dann aber während der Dauer des Reichstags sich vertagen.

Ueber die Verlegung der sämtlichen Militär-Etablissements aus Dresden auf die Höhen am Rande der Dreßdener Gärten enthält ein Bericht, vom Abgeordneten Stauch erstattet, interessante Angaben. Dieser Bau, vom Volksmunde bereits Casernopolis getauft, wird die großartigste Vereinigung militärischer Gebäude werden, die Deutschland besitzt. Seine Ausführung wird 8—10 Jahre Zeit beanspruchen. Die Kosten berechnen sich ungefähr also: 1,065,000 Thlr. Bau-Aufwand für das Arsenal, 1,250,000 Thlr. für 2 Infanterieregiments Casernen, 800,000 Thlr. für Manirungen, für Straßen, Brücken, Schleusen, Wasser- und Gas-Anlagen, 1,000,000 Thlr. für 3 Casernen, der Artillerie, der Cavalerie und Train, 300,000 Thlr. für das Lazareth, 300,000 Thlr. für das Cadettenhaus, 200,000 Thlr. für die Bionnier-Caserne, 100,000 Thlr. für die Reit-Anstalt, 80,000 Thlr. für die Militär-Strafanstalt, 300,000 Thlr. für die Garnisons-Anstalten, einschließlich Magazine, 400,000 Thlr. für Grunderwerb dem Landesdomänen-Fonds, in Summa 5,795,000 Thlr. Trotz angestrengtester Arbeit hat das Kriegsministerium noch nicht sämtliche Pläne anfertigen können; aus Sparankleitsrücksichten hat es manchen Plan ein, den der Infanterie-Caserne mehrere Male umarbeiten lassen. Zur Ausführung dieser großen Bauten leihet der sächsische Staat dem Militär-Fiscus die Geldmittel; letzterer überläßt ihm wiederum das frei werdende Areal, nämlich 59,701 Cu. Meter bebauter und 143,865 Cu. Meter unbedauter Fläche in Dresden. Im März 1873, als die Gebäude- und Grundstückspreise so sabelhaft stiegen, hoffte der Kriegsminister seine Militärbauten, ohne weiteren Zuschuß von Staatsgeldern, lediglich aus dem Erlös der in Dresden frei werdenden Wohngebäude zu decken. Damals sub. ihm von den verschiedensten Comiteen glänzende Offerten gemacht worden, wie sie wohl kaum je wiederholt werden. Hat doch damals ein Consortium (es wäre interessant zu erfahren, welches?) dem Kriegsministerium offerirt: es werde jede andere Offerte überbieten!! Diese Zeiten sind in Folge des Krachs unüberdringlich vorüber. Doch kann der Staat günstigere Verlaufsperioden für jene zum Theil in der herrlichsten Lage Dresdens gelegenen Militärgrundstücke ruhig abwarten. Rechnet man, daß der Staat den 2. Meter von freier werdendem Militärareal in Dresden zu 30 Thlr. verkauft, so löst er aus demselben über 6,100,000 Thlr. und hätte somit Casernopolis ohne beforderen Aufwand gebaut. Freilich wie viel Schwankungen die Preise der Grundstücke, der Arbeitslöhne und der Materialien in 8—10 Jahren durchmachen, wie sich in Wahrheit einst die Herstellungskosten der Militäretablissements berechnen werden, das läßt sich jetzt nicht vermuthen. Die Deputation legt auch Werth auf das bessere Wohlbefinden der Soldaten und die zweckmäßige Aufbewahrung des theuren Armeematerials in den neuen Etablissements. In den Jahren 1874/75 will der Kriegsminister das Arsenal zu 900,000 Thlr. und 2 Infanteriecasernen (700,000 Thlr.) bauen und verlangte außerdem 380,000 Thlr. für Erdarbeiten, Planiren, Straßen-, Brücken-, Schleusen- und Wasser-Anlagen, Verlegung von Pulvermagazinen, 120,000 Thlr. 1. Rate zur Verlegung und Neubau von Rauchsutter- und Körnermagazinen und 300,000 Thlr. 1. Rate zum Neubau einer Canaliccaserne; alles zusammen 2,420,000 Thlr., deren Bewilligung die Deputation einstimmig empfiehlt.

Hartnädiger ist noch nie in Dresden im Wahlkampf gestritten worden, als bei der Stichwahl zwischen Dr. Windmich und Dr. Jacoby. Besonders die Parteigänger Jacoby's entfalten eine Nüchrigkeit, die ihnen den Sieg fast zu verbürgen schien. Vor jedem Wahllocale hatten sie mehrere Stimmzettelvertheiler und Controlleure bestellt; auch in den Wahllocalen selbst postirten sie zur genaueren Beobachtung der Wahlvorgänge ihre Mannschaften. Hierin bewegten sie sich auf vollkommen geschicktem Boden und es wäre bloß zu wünschen, daß andere Parteien eine gleiche Nüchrigkeit und Wachsamkeit übten. Auch läßt sich dagegen kein geschickter Einwand erheben, wenn allerdings mitunter mit einer gewissen Zetteln zu nöthigen versucht wurde, Wähler zur Annahme von Jacoby's Zetteln zu nöthigen. So sahen wir, wie ein Briefträger mit Würde einen solchen Zettel abwehrte, der ihm mit dem Bemerkten aufgenötigt werden sollte: Jacoby sei der Mann, der den Postbeamten höhere Gehalte verschaffen werde. Da hat schließlich jeder Wähler sich selbst zu helfen. Auch zeigt es nur von Vigilanz, wenn auf den Straßen die Passanten angerebet wurden, ob sie ihrer Wählerpflicht genügt hätten; wenn ihnen Instruction ertheilt wurde, wohin sie zu diesem Behufe zu gehen hätten. Weniger stimmt es mit dem Geiste des Wahlgesezes, das geheime Abstimmung vorschreibt, überein, wenn Arbeiter ihre Genossen sorgsam überwachen, ob sie die vorher von den Stimmzetteln auch abgeben. Doch, diese Bemerkungen sind nur Illustration des Wahlkampfes. Interessanter ist die Frage: wie sich die Tausende der auf beide Candidaten gesonnenen Stimmen gruppiren. Für Dr. Windmich stimmten geschlossen die Fortschrittspartei, die Conservativen und ein beträchtlicher Theil der Nationalliberalen, die früheren Goldschmidten. Ob Alle von den Letzteren, ist uns einigermaßen zweifelhaft, da diese Partei nur einen sehr lauen Aufruf für Windmich erlassen und viele Nationalliberale privatim erklärt hatten: nunmehr, da Goldschmidt durchgefalle, sich der Wahl zu enthalten. Jedenfalls haben Conservative und Fortschrittspartei ihre Reserven herangezogen